

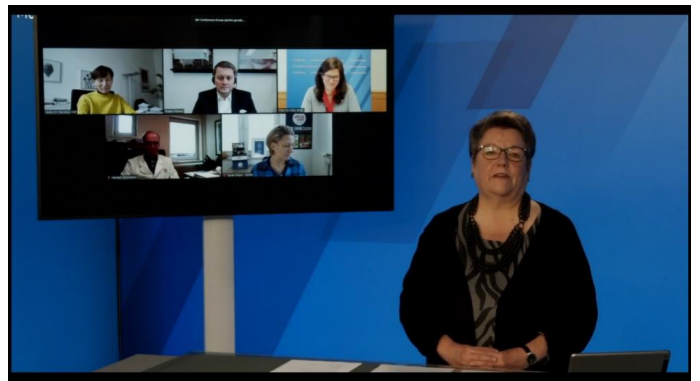


DFV

DEUTSCHER FLEISCHER-VERBAND

Frische Forum Fleisch: Im Dialog mit Staatssekretärin Dr. Ophelia Nick

Online und nicht wie üblich bei der Grünen Woche fand das Frische Forum Fleisch der allgemeinen fleischer zeitung statt. Unter dem Titel „Gemeinsam bereit für den Wandel – Die Ampel steht auf Grün“ diskutierte die neue Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Ophelia Nick, mit Vertretern der Branche. DFV-Präsident Dohrmann betonte dabei die Bedeutung der kleinstrukturierten und regionalen Erzeugung und Vermarktung.



Moderatorin Renate Kühlcke leitete die Diskussion zwischen den Protagonisten der Fleisch-Branche und der Staatssekretärin.

Staatssekretärin Nick verdeutlichte die Schwerpunkte der Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik. Im Mittelpunkt, so die Kernaussage, stehen sowohl der Mensch als auch Tier und Umwelt. Das soll verstanden werden als eine ganzheitliche Gesundheitspolitik. Zu einer gesunden Ernährung gehört nach dem Bekenntnis der Staatssekretärin auch Fleisch, vielleicht nicht in der jetzt verzehrten Menge, wohl aber mit bester Qualität.

Zusammenfassend nannte Dr. Nick drei Ziele der Ampel-Koalition im Agrarbereich:

1. Der Ökolandbau soll bis 2030 einen Anteil von 30 % einnehmen. Hierfür wird eine große Bereitschaft gesehen. Man will die Nachfrage auch dadurch befeuern, dass öffentliche Einrichtungen in den dortigen Kantinen vermehrt Bio-Produkte einsetzen. Dr. Nick betonte aber gleichzeitig, dass die konventionellen Produkte wegen des verbleibenden Anteils von 70 % einen großen Stellenwert behalten werden.



Präsident des Deutschen Fleischer-Verbands, Herbert Dohrmann



Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Ophelia Nick.

2. Die Tierhaltung soll in den nächsten Jahren grundlegend umgebaut werden. Bessere Tierhaltung soll auf breiter Front vorangebracht werden. Die noch in diesem Jahr vorgesehene Einführung einer verpflichtenden Haltungskennzeichnung spielt dabei eine zentrale Rolle. Die Finanzierung des Projekts ist allerdings noch offen.
3. Bestehende Lücken im Tierschutzrecht sollen geschlossen werden. Ziel ist dabei ein europäischer Ansatz, um Verschiebungen zwischen den Mitgliedsstaaten zu vermeiden.

DFV-Präsident Herbert Dohrmann unterstrich die Notwendigkeit, die Chance zur Transformation zu nutzen und die einseitige Ausrichtung auf große und industrielle Strukturen zu beenden. Vor allem warnte Dohrmann davor, durch zusätzliche Bürokratie oder weitere finanzielle Belastungen die handwerklichen Strukturen weiter zu schwächen. Diese Gefahr besteht insbesondere bei der Einführung einer Tierwohlabgabe oder bei der Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Fleisch und Fleischerzeugnisse.

Statt der Einführung eines Haltungskennzeichens sprach sich Dohrmann dafür aus, die Tierschutzgesetze auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und gesellschaftlicher Erwartungen anzupassen. Ein solcher Schritt würde zusätzliche Bürokratie und zusätzliche Belastungen vermeiden. Im Übrigen kämen solche Regelungen allen Tieren zugute und nicht nur denjenigen, die in den richtigen Ställen stehen.

Einen besonderen Schwerpunkt legte der DFV-Präsident in seinen Ausführungen darauf, dass die regionalen Strukturen unbedingt gestärkt werden müssen. Allzu oft ist derzeit noch das Gegenteil der Fall. Als Beispiele nannte Dohrmann die Gebührenlast, die ungleich verteilt ist, die bürokratischen Auflagen, die kleine Unternehmen deutlich schwerer treffen als große, und die Gesetzesdichte, die das Fleischerhandwerk in besonderer Weise trifft, weil hier eben alle Verarbeitungs- und Vermarktungsschritte zusammenkommen.

Kritisch merkte Präsident Dohrmann auch an, dass häufig die Ehrlichkeit in der Debatte fehlt. Als Beispiel hierfür nannte er die Aussagen eines großen Discounters, der einerseits ankündigt, schon bald nur noch Fleisch aus besten Haltungsformen anzubieten, aber im gleichen Atemzug betont, dass billigste Preise auch weiter zur DNA des Unternehmens gehören. Das passt nicht zusammen.

Dr. Nick zeigte sich offen für den Vorschlag, wichtige Themen europäisch anzugehen, verweist aber darauf, dass ein solcher Schritt viel Zeit erfordert, weswegen die Einführung einer Haltungskennzeichnung als notwendig angesehen wird, um für die Verbraucher Transparenz zu schaffen. Es bleibt abzuwarten, wie diese Kennzeichnung im Detail ausgestaltet sein soll.

Volle Zustimmung gab es seitens der Staatssekretärin zu der Forderung nach Ehrlichkeit in der Debatte. Entscheidend sei das konkrete Handeln, nicht die Ankündigungen. Daran werden sich alle Beteiligten messen lassen müssen.

21. Januar 2022